BERNER BERNOIS

Journal

SVP Kanton Bern • UDC Canton de Berne • Mai/Juni • Nr. 2–2016

Wechsel an der Fraktionsspitze 3

Nach fast 8 Jahren ist Peter Brand als Fraktionspräsident zurückgetreten.

Eine Würdigung auf Seite 3

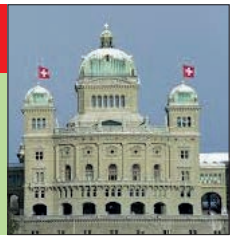
Neue Präsidentin SVP Frauen 10

Petra Wyss leitet neu die SVP Frauen Kanton Bern.

Ein Porträt auf Seite 10

Eidg. Volksabstimmung 4 – 9

Alles zu den eidgenössischen Abstimmungsvorlagen vom 5. Juni erfahren Sie auf den Seiten 4 bis 9



Neue Kursreihe der SVP Kanton Bern 11

Ab August 2016 startet das neue Kursprogramm. Beachten Sie die Ausschreibung auf Seite 11

AZB 3000 Bern 25

SVP Schweiz vertraut Berner Mutzen

Mit der Wahl von Nationalrat Albert Rösti zum schweizerischen Parteipräsidenten übernimmt die mitgliederstärkste Kantonalpartei erneut auch national mehr Verantwortung.

Freude herrscht im Kanton Bern, aber Würde bringt auch Bürde, für den neuen schweizerischen Präsidenten ebenso wie für die Berner Kantonalpartei und ihren Präsidenten Werner Salzmann sowie für Adrian Amstutz, den schweizerischen Fraktionschef und dritten Berner im Bunde. Die gute Zusammenarbeit im Team ist aber eine optimale Basis für künftige Erfolge der Partei.

Die Nationalräte Albert Rösti, Werner Salzmann und Adrian Amstutz

Werner Salzmann: Die NZZ titelte: Die Berner SVP ist definitiv zurück im nationalen Geschäft. Das ist zwar schön, aber nun sind wir gefordert. Wir haben zwar die alte Stärke wieder erlangt, aber wie können wir unsere Ziele umsetzen für eine bürgerliche Schweiz?

Albert Rösti: Das bedingt grosse Arbeit. Wichtig ist, dass wir einig sind und uns geschlossen für die Ziele einsetzen. Es heisst zwar immer, die Bürgerlichen hätten die Mehrheit, aber wie stabil diese Mehrheiten sind, wird sich noch weisen müssen. Mindestens in der Asylfrage sind wir weit weg von bürgerlichen Mehrheiten.

Adrian Amstutz: Ja, es ist erstaunlich, wie eine Mehrheit im National- und Ständerat immer noch das Gefühl hat, Schengen funktioniere und es sei am besten, wenn man die gleichen Fehler begeht wie die EU. Diese bequeme Politik können wir uns einfach nicht mehr leisten.

WS: Wir sollten das Gespräch mit den anderen bürgerlichen Parteien in einem regelmässigen Austausch pflegen. Im Kanton Bern habe ich dies eingeführt und immerhin haben wir Teilerfolge erreicht, zum Beispiel bei den Regierungsratswahlen.

AR: Ich denke, mit dem Präsidiumswechsel bei den anderen bürgerlichen Parteien ist der Zeitpunkt ideal, um so etwas auch auf schweizerischer Ebene erneut zu lancieren.

AA: Wir müssen immer wieder mit den Bürgerlichen zusammensitzen und gemeinsame Ziele ausloten. Ob sie dann aber auch «lei» halten, da habe ich aufgrund der bisherigen Erfahrungen schon Bedenken.

WS: Ja, im bernischen Grossen Rat haben wir diese Erfahrung leider auch immer wieder gemacht. Aber wir müssen es versuchen. Was sind denn für dich die Kernziele der Legislatur, Albert?

AR: Es gibt drei Themen, die uns primär beschäftigen müssen: erstens die Unabhängigkeit gegenüber der EU, zweitens die Rückführung des Asylrechts auf seinen Kern, also die Hilfe für echte Flüchtlinge vor Ort und konsequente Ausschaffung von Wirtschaftsmigranten und die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative und drittens neue Impulse für Gewerbe und Wirtschaft durch Korrektur in der Steuer-, Energie- und Verkehrspolitik.

WS: Wie beim Schlagzeugspielen: Eine ganze Reihe von Trommeln, die da gespielt werden müssen.

AA: Ja, aber Albert hier voran und wir helfen dabei mit ganzer Kraft.

Bürgerliche Wende endlich erreicht!

Mit den Regierungsrats-Ersatzwahlen 2016 gelang es endlich, die zehn Jahre dauernde rot-grüne Mehrheit im Regierungsrat zu durchbrechen: Die Wahl von Pierre Alain Schnegg beendet das blockierende Tauziehen zwischen bürgerlichem Parlament und rot-grüner Regierung. Leider gelang es nicht, der SP auch den zweiten freigewordenen Sitz abzunehmen.

Das Kandidaten-Duo Pierre Alain Schnegg und Lars Guggisberg

Lange bestand am 28. Februar, dem Wahlsonntag des ersten Wahlgangs, Grund zur Hoffnung, dass Lars Guggisberg den Einzug in den Regierungsrat schaffen könnte: Noch nach der Auszählung des neunten von zehn Verwaltungskreisen lag er an der Spitze. Erst der Verwaltungskreis Bern Mittelland brachte die Wende und der Kandidat der SP für den Deutschschweizer Sitz wurde gewählt. Die Analyse auf Gemeindeebene zeigt, dass der Deutschschweizer Sitz primär in den grossen Städten und Agglomerationen (Bern, Biel, Burgdorf, Köniz, Langenthal, Ostermundigen, Thun) und deren kleineren Nachbargemeinden verloren ging. Die Städte Bern und Biel hatten dabei ein so grosses Gewicht, dass ihre Verwaltungskreise ins SP-Lager kippten. In den anderen Verwaltungskreisen wurde der Einfluss der grossen Gemeinden hingegen durch die kleineren, ländlichen Gemeinden meist korrigiert.

Wahlbeteiligung als Knacknuss

Wie erwartet war die Wahlbeteiligung im ersten Wahlgang deutlich höher als sonst bei Regierungsratswahlen: Die Beteiligung an einer Majorzwahl war in den vergangenen 14 Jahren nie so hoch wie am 28. Februar. Dies lag zu einem grossen Teil an den eidg. Abstimmungsvorlagen; besonders mobilisierend wirkte dabei die Durchsetzungsinitiative (DSI), die leider viele Links- und Mittewähler an die Urne brachte. Die sehr hohe Wahlbeteiligung hatte enorme Auswirkungen auf das absolute Mehr und war der Grund für die Nichtwahl von Pierre Alain Schnegg im ersten Wahlgang: Dieser hätte mit seinem Resultat nämlich das absolute Mehr bei den 1. Wahlgängen in 7 von 9 Majorzwahlen zwischen 2002 und 2015 locker geschafft.

Auch das Resultat von Lars Guggisberg ist beachtlich: Er erreichte die dritthöchste Stimmenzahl, die ein Kandidat bei Mehrheitswahlen im Kanton Bern je erhalten hat. Dieses Ergebnis zeigt, dass die bürgerliche Seite bereits im ersten Wahlgang insgesamt gut mobilisiert hatte, aber von links und Mitte (wegen der DSI) überflügelt wurde. Erschwerend kam die regionale Herkunft des SP-Kandidaten hinzu respektive der Wunsch vieler Oberländer, «wieder einmal im Regierungsrat vertreten zu sein».

2. Wahlgang: Qualifikation entscheidend

Im zweiten Wahlgang fielen die beiden erschwerenden Faktoren DSI und Herkunft des Kandidaten weg. Zudem war die Ausgangslage übersichtlicher, da es nur noch um die Besetzung eines Sitzes ging. Die bürgerliche Zusammenarbeit funktionierte noch besser als im ersten Wahlgang, da es allen bürgerlichen Parteien bewusst war, dass dies die letzte Chance darstellte, um die bürgerliche Wende im Regierungsrat wieder herzustellen. Schliesslich gelang es auch zu erreichen, dass nun mehr über die Qualifikationen der Kandidaten gesprochen wurde als über deren Herkunft oder andere Faktoren.

Besonders erfreulich und im Hinblick auf die Gesamterneuerungswahlen 2018 auch von grosser Bedeutung ist, dass die Wahl von Pierre Alain Schnegg ohne Anwendung der Jura-Formel gelang, sprich dass er sowohl im Berner Jura wie auch im alten Kantonsteil die absolute Mehrheit erreicht hat.

Die Resultate der beiden Wahlgänge werden detailliert analysiert, um Erkenntnisse für künftige Wahlen zu generieren. Im Vergleich der Resultate der Gemeinden hat sich etwa gezeigt, dass das Wählerverhalten in den meisten Gemeinden relativ konstant ist: In denjenigen Gemeinden, in denen im ersten Wahlgang Christoph Ammann vor Lars Guggisberg und Roberto Bernasconi vor Pierre Alain Schnegg lag, war Roberto Bernasconi auch im zweiten Wahlgang vor Pierre Alain Schnegg. Dies liefert wichtige Rückschlüsse darauf, wo besonderer Handlungsbedarf besteht.

Herzlichen Dank, Peter Brand

Nach siebeneinhalb Jahren trat Grossrat Peter Brand als Fraktionspräsident zurück. Nachdem es ihm gelungen ist, das kantonalbernische SVP-Fraktionsschiff durch turbulente Zeiten zu steuern, übergibt er seiner Nachfolgerin eine geeinte und gestärkte Fraktion.

Peter Brand übernahm das Amt des Präsidenten der Grossratsfraktion in einer schwierigen Phase, nämlich nach der Parteiabspaltung 2008. Der SVP-Fraktion gehörten damals noch 31 Mitglieder an. Er verstand es, die Fraktion auf Kurs zu halten und für Stabilität zu sorgen. Unter ihm wurden in zahlreichen Dossiers verschiedentlich grosse Erfolge verbucht. So bereits im November 2008, wo sich die SVP-Fraktion mit Blick auf die Steuergesetzrevision 2011 geschlossen für die Entlastung der Steuerzahler einsetzte. 2009 stimmte die Fraktion der Abschaffung der Handänderungs- und Pfandrechtssteuern zu, zudem wurde einstimmig für Entlastungen bei den Einkommenssteuern entschieden. Die erfolgreiche Arbeit im Grossen Rat trug mit zum SVP-Wahlerfolg bei den Grossratswahlen 2010 bei. Die SVP-Fraktion wuchs auf 44 Mitglieder an und war damit wieder grösste Grossratsfraktion.

Béatrice Struchen und Peter Brand

Peter Brand war auch massgeblich daran beteiligt, dass die SVP in Sachen Steuererleichterung für den Mittelstand bei Einkommenssteuern, Vermögenssteuern und Kapitalauszahlungen von bürgerlicher Seite geschlossene Unterstützung bekam. Ein Highlight war das zweifache Volks-Ja zur Senkung der Motorfahrzeugsteuern. Im Gesundheitswesen setzte sich Peter Brand für eine vernünftige Spitalplanung ein. Kernanliegen war ihm die Finanzpolitik, sei es bei der Initiative «Faire Steuern für alle» oder beim Referendum gegen das Pensionskassengesetz. Besonders erfreulich ist auch der Abstimmungserfolg zu Initiative und Gegenvorschlag «Bern erneuerbar», wo er sich auch als Präsident des Hauseigentümerverbands stark engagierte.

Bei den Grossratswahlen 2014 honorierten die Wähler die Fraktionsarbeit erneut – 49 Fraktionsmitglieder, das bedeutete Rekord. Mit und dank Fraktionschef Peter Brand konnte 2014 auch die Volksabstimmung über die Teilabschaffung der Handänderungssteuer für selbstbewohnte Liegenschaften gewonnen werden. Und 2015 erreichte die SVP-Fraktion im HIV-Rating einmal mehr als wirtschaftsfreundlichste Fraktion des Kantons Bern Platz 1.

Die SVP des Kantons Bern dankt Peter Brand herzlich für seine langjährige engagierte Arbeit und freut sich auf sein weiteres Wirken als SVP-Grossrat.

Herzlichen Dank, Béatrice Struchen

Die SVP Kanton Bern dankt Béatrice Struchen herzlich für ihr jahrelanges Engagement im Grossen Rat und in der Parteileitung.

Im Frühjahr 2016 ist Béatrice Struchen aus dem Grossen Rat sowie aus dem Parteivorstand und der Geschäftsleitung der SVP Kanton Bern zurückgetreten; der Rücktritt erfolgte im Zusammenhang mit ihrer neuen Stelle als Sozialinspektorin des Kantons Bern. Béatrice Struchen war lange Jahre Mitglied des Parteivorstands, sei es als Präsidentin der Fachkommission Erziehung, als Präsidentin des Wahlkreises Seeland oder ab 2013 als Mitglied der Geschäftsleitung der SVP Kanton Bern. 2008 übernahm sie zudem das erste Fraktionsvizepräsidium.
Béatrice Struchen übte alle ihre Funktionen mit viel Herzblut, Gespür und fundiertem Fachwissen aus. Diese Eigenschaften und ihr welscher Charme machten sie auch zu einem hervorragenden Aushängeschild der SVP Kanton Bern, als sie 2014/2015 das Amt als Grossratspräsidentin mit Bravour ausübte.
Die SVP Kanton Bern wird den unermüdlichen Einsatz von Béatrice Struchen vermissen, dankt ihr herzlich für ihr Engagement und wünscht ihr für die Zukunft nur das Beste.

Personelles aus der SVP-Grossratsfraktion

Roland Benoit

Christine Gerber

Die vergangenen Wahlen sowie Rücktritte in der Fraktionsleitung führten zu einigen personellen Änderungen in der Grossratsfraktion.

Seit Sommer 2015 war bekannt, dass die Leitung der SVP-Fraktion neu zu besetzen war. Die Neuwahlen erfolgten etappenweise ab November 2015, die neue Fraktionsleitung übernimmt nun das Ruder mit der Juni-Session 2016. Neue Fraktionspräsidentin ist Madeleine Amstutz, Gemeindepräsidentin von Sigriswil und dipl. Betriebswirtschafterin. Neuer erster Fraktionsvizepräsident ist der in Orvin wohnhafte Mathias Müller, Berufsoffizier und Stabsmitarbeiter im GS VBS. Neuer zweiter Fraktionsvizepräsident ist Patrick Freudiger, Dr. iur./Rechtsanwalt und Stadtrat von Langenthal.

In der Fraktion kam es zudem in den letzten Monaten aufgrund von Rücktritten aus dem Grossen Rat zu personellen Wechseln. Manfred Bühler und Erich Hess sind nach ihrer Wahl in den Nationalrat zurückgetreten. Ihre Nachfolge traten Roland Benoit (Corgémont) und Stefan Hofer (Bern) an. Die Nachfolgerin von Béatrice Struchen ist Christine Gerber (Detligen).

Der neuste Wechsel ergab sich schliesslich mit der erfreulichen Wahl von Pierre Alain Schnegg in den Regierungsrat. Er trat per Ende April aus dem Grossen Rat zurück, sein Nachfolger ist Marc Tobler (Montagne de Moutier).

Stefan Hofer

Marc Tobler

Nein zu Gratisanwälten und Enteignungen

Adrian Amstutz, Nationalrat, Sigriswil

Das Asylgesetz ist aus einer Vielzahl von Gründen abzulehnen.

1. **Für illegale Wirtschafts- und Sozialmigranten ist die Schweiz nicht da!** Echte, an Leib und Leben bedrohte Flüchtlinge erhalten in der Schweiz Hilfe. Wirtschafts- und Sozialmigranten, die einfach ein besseres Leben suchen, sind abzuweisen.

2. **Die Asylgesetzrevision schadet der Schweiz.** Die Attraktivität der Schweiz als Zielland ist angesichts der grossen Völkerwanderung nach Europa und der damit verbundenen massiven Probleme stark zu senken. Der Fokus in der Asylpolitik müsste schon lange beim Vollzug und damit bei der Abweisung und Rückschaffung der Wirtschafts- und Sozialmigranten liegen. Dieser Führungsaufgabe verweigert sich das Departement Sommaruga seit Jahren.

3. **Die Vorlage von SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga basiert auf falschen Zahlen.** Die Asylrevision geht von 24'000 Asylgesuchen jährlich aus (2015 hatten wir aber bereits 39'523 Gesuche). Und sie geht davon aus, dass 40% der Asylbewerber als «Dublin-Fälle» bereits ab Bundeszentren in andere europäische Staaten überwiesen werden können. In der Realität konnten im Jahr 2015 von 17'377 «Dublin-Fällen» nur gerade 2'461 Personen an die zuständigen Dublin-Staaten überstellt werden, das entspricht nur gut 6% aller Asylbewerber im vergangenen Jahr.

4. **Gratisanwälte für alle Asylsuchende führen zu einer teuren Prozessflut.** Für 40'000 Asylsuchende (Jahr 2015) Gratisanwälte zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig zu behaupten die Verfahren werden schneller, glaubt kein vernünftiger Mensch. Eine Prozessflut mit unzähligen Rekursen, noch stärker überlasteten Gerichten und Abermillionen Franken an Kosten sind die Folge.

5. **Staatliche Enteignungen von Privatpersonen und Gemeinden für den Bau von neuen Asylzentren sind der direktdemokratischen Schweiz unwürdig.** Die Eigentumsrechte der Bürger und die Autonomie der Kantone und Gemeinden werden noch stärker mit Füssen getreten. Die Revision verlangt zentralistische Plangenehmigungsverfahren mit der Möglichkeit von Enteignungen.

6. **Mit der Revision könnten noch mehr Asylsuchende noch schneller hierbleiben,** ungeachtet, ob sie an Leib und Leben bedroht sind oder nicht. Eine Beschleunigung der Verfahren ohne den konsequenten Vollzug mit entsprechenden Rückführungen ist gar kontraproduktiv, da es die Attraktivität der Schweiz als Zielland für Wirtschaftsmigranten und für Schlepper weiter steigert. Dies ist insbesondere im Hinblick auf die immensen Folgekosten für Gemeinden, Kantone und die Sozialwerke von grosser Bedeutung.

7. **Die langfristigen Kosten werden unser Land an den Rand des Kollapses bringen.** Die Investitionskosten inkl. Arbeitsplätze für die neuen Bundeszentren belaufen sich auf 548 Millionen Franken. Wer will nicht in die Schweiz kommen, wenn es hier für jeden und jede medizinische, zahnärztliche und psychiatrische Behandlung, Sozialhilfe, Gratis-Sprachkurse und jetzt noch einen bedingungslosen Gratisanwalt auf Kosten der Steuerzahler gibt? Dazu kommen die staatlichen Integrationsmassnahmen wie Sprachkurse, Ausbildungszulagen, Benimm-dich-Kurse etc., die massiv ausgebaut und von Bundesbern subventioniert werden. Lautstark fordern linke Kreise bereits staatliche Arbeitsbeschaffungsprogramme für Asylsuchende.

Renitente Asylbewerber könnten mit dem heutigen Asylgesetz bereits gesondert untergebracht werden. Auch hier betreiben die zuständigen Behörden Verweigerungspolitik und nehmen die Sicherheit der Bevölkerung zu wenig ernst. Asylbewerber waren im Jahr 2015 fünfmal krimineller als die Schweizer Bevölkerung. Auch hier bezahlt der Steuerzahler die Polizei-, Gerichts- und Gefängniskosten.

– Nein zur Asylgesetzrevision!

Abstimmungsparole zum 5. Juni 2016

Änderung des Asylgesetzes (AsylG):

NEIN (einstimmig ohne Enthaltungen)

Non aux avocats gratuits et expropriations – Non à la révision de la loi sur l'asile !

1. ***La Suisse n'est pas là pour accueillir des migrants économiques et sociaux !*** *Les requérants d'asile dont la vie et l'intégrité physique sont menacée trouvent abri et protection en Suisse. En revanche, les migrants économiques et sociaux qui ne cherchent qu'une meilleure vie doivent être renvoyés.*

2. ***La révision de la loi sur l'asile nuit à la Suisse.*** *Il faut réduire l'attractivité de la Suisse en tant que terre d'asile face à la forte migration vers l'Europe et les problèmes y attenants. L'accent dans la politique de l'asile aurait dû être mis depuis longtemps sur l'application et donc sur le refoulement et l'expulsion systématique des migrants économiques et sociaux. Le département Sommaruga refuse de remplir cette tâche depuis des années.*

3. ***Le projet de la Conseillère fédérale PS Simonetta Sommaruga se fonde sur des chiffres erronés.*** *La révision de l'asile se base sur le chiffre de 24'000 requérants d'asile chaque année (en 2015, 35'523). Elle part en outre de l'idée que 40% des requérants ont déjà déposé une requête dans un autre Etat Dublin et peuvent donc être refoulés. En réalité, des 17'377 cas Dublin en 2015, seuls 2'461 ont pu être renvoyés dans les Etats Dublin compétents, soit 6% de tous les requérants d'asile l'année dernière.*

4. ***Les avocats gratuits pour tous les requérants d'asile entraînent un déferlement de procès.*** *Il suffit d'un grain de bon sens pour comprendre que mettre à disposition de 40'000 requérants d'asile (en 2015) des avocats gratuits n'accéléra pas les procédures. Conséquences : explosion de recours, tribunaux surchargés et coûts en millions de francs*

5. ***Exproprier des particuliers et des communes propriétaires de terrains ou de bâtiments pour construire de nouveaux centres d'asile est une mesure indigne de la démocratie directe suisse.*** *Le droit à la propriété du citoyen et l'autonomie des cantons et des communes sont bafoués. La révision demande une procédure de planification centralisée avec possibilité d'expropriation.*

6. ***L'adoption de la révision permettrait aux requérants de s'installer encore plus vite en Suisse****, indépendamment du fait que leur intégrité physique et leur vie soient menacés ou non. Une procédure accélérée sans application conséquente d'expulsion est même contreproductive, car elle augmente l'attractivité de la Suisse comme pays de destination des migrants économiques et pour les passeurs. Ceci aura aussi des retombées financières pour les communes, les cantons et les institutions sociales.*

7. ***Les coûts à long terme entraîneront la Suisse au bord du gouffre.*** *Les coûts d'investissements y compris les places de travail pour les nouveaux centres de la Confédération s'élèvent à 548 millions de francs. Qui ne serait pas attiré par une Suisse offrant à tous des traitements médicaux, dentaires, aide sociale, cours de langue gratuits et par dessus le marché, un avocat gratuit aux frais du contribuable ? Et pour couronner le tout, des mesures d'intégration comme des cours de langue, des allocations de formation, des cours de civilisation, etc. subventionnés par la Confédération. Les milieux de la gauche demandent déjà des programmes publics d'emploi pour les requérants.*

Les requérants réfractaires pourraient déjà être logés avec la loi actuelle sur l'asile. *Là aussi, les autorités compétentes font de l'opposition et ne prennent pas la population au sérieux. En 2015, il y a eu cinq fois plus de requérants criminels que de Suisses criminels. Là aussi, le contribuable passe à la caisse pour couvrir les frais de la police, du tribunal et de la prison.*

«Pro Service public» schiesst am Ziel vorbei

Erich von Siebenthal, Nationalrat, Gstaad

Bei der Initiative «Pro Service Public» geht es um unsere Grundversorgung mit öffentlichen Dienstleistungen wie ÖV, Telefon, Post und heutzutage natürlich auch Internet, auf die wir gerade im ländlichen Raum angewiesen sind. Immer mehr Poststellen werden geschlossen und Postautolinien nicht mehr betrieben. Gleichzeitig hört man von hohen Managerlöhnen bei SBB, Post und Swisscom. Das macht uns Sorgen, aber die Initiative aus Konsumentenschützerkreisen löst das Problem nicht.

Gewinnstreben verbieten?
Kernelement der Initiative ist das Verbot für Post, Swisscom und SBB, nach Gewinn zu streben. Die privatisierten Unternehmen sollen also wieder näher an das System der öffentlichen Hand rücken und das Rad der Zeit zurückgedreht werden. Natürlich kommt bei jeder Poststellenschliessung dieser Wunsch auf, aber man muss die Folgen bedenken.
Poststellen werden nicht geschlossen, weil das Geld aufgrund einer Gewinnausschüttung fehlt, sondern weil sie im Email- und Ebanking-Zeitalter weniger genutzt werden. Wenn Postagenturen die heutigen Poststellen ablösen, entsprechen sie mit den Öffnungszeiten eher den Bedürfnissen und sie können auch einem Dorfladen zum Überleben verhelfen.
Mit dem Gewinn werden nicht einfach Aktionäre beglückt, sondern die laufende Verbesserung der Grundversorgung finanziert. Ein Teil des Gewinns kommt zudem Gemeinden, Kanton und Bund zugute, 2014 waren es rund 1,3 Milliarden Franken. Fehlt dieses Geld, müssten die Steuern erhöht oder Leistungen abgebaut werden, gerade im ländlichen Raum.

Beamte statt Manager?
Die Initiative verlangt auch, dass die Löhne der bundesnahen Betriebe nicht höher sind als in der Bundesverwaltung. Swisscom-Chef Schäppi erhielt letztes Jahr 1,832 Millionen, SBB-Chef Meyer 1,046 Millionen und Post-Chefin Ruoff 985'000 Franken. Sie alle sollen nicht mehr verdienen dürfen als ein Bundesrat: 475'000 Franken. Aber was ändert das an der Grundversorgung? Mit welchem administrativen Aufwand soll zudem die Kontrolle aller anderen Löhne in den Betrieben erfolgen?
Deshalb sollten wir wie der Bundesrat, das Parlament, die Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete und der Schweizerische Gemeindeverband Nein sagen zu dieser Initiative.

Erich von Siebenthal

Abstimmungsparole zum 5. Juni 2016

Volksinitiative «Pro Service public»:
NEIN (grossmehrheitlich bei 1 Ja-Stimme und 3 Enthaltungen)

Pro Service public fait fausse route

Dans l'initiative « Pro Service public », il s'agit de notre approvisionnement de base avec prestations de service public : TP, téléphone, poste et, cela va de soi aujourd'hui, Internet. Des services tout particulièrement incontournables dans les régions rurales. De plus en plus d'offices postaux ferment et des lignes de cars postaux sont supprimées. Mais dans le même temps, on entend parler des salaires des managers qui ne cessent de grimper aux CFF, à la Poste et chez Swisscom. Cela irrite et nous pose problème, mais l'initiative ne résout pas le problème.

Interdire de viser le profit ?
L'élément-clé de l'initiative est l'interdiction de viser le profit. En d'autres termes : les entreprises privatisées doivent se rapprocher de nouveau du secteur public. L'initiative veut donc faire revenir en arrière. On peut bien sûr le souhaiter quand on assiste à la fermeture des offices de la poste. Mais il faut aussi considérer les conséquences.

Interdire le profit ne garantit pas qu'aucun office postal ne sera plus fermé. On ne ferme pas les offices postaux parce que l'argent manque, mais parce qu'ils ne sont pas suffisamment utilisés.

Le profit ne sert pas seulement à verser des dividendes aux actionnaires, le profit sert aussi à élargir et à financer l'approvisionnement de base. De plus une partie des bénéfices est reversée aux communes, aux cantons et à la Confédération. En 2014, 1.3 milliard de francs ont ainsi été distribués. Sans cet apport financier, les pouvoirs publics devraient compenser la perte soit en augmentant les impôts, soit en réduisant encore plus les prestations de service dans les régions rurales.

Fonctionnaire au lieu de manager ?
L'initiative demande aussi que les salaires des collaborateurs d'entreprises attenantes à la Confédération, p. ex. la Poste, Swisscom et les CFF ne devraient pas dépasser ceux versés aux collaborateurs de l'administration fédérale. Le salaire du chef de Swisscom Schäppi a été l'an dernier de 1,832 million, celui du patron des CFF Meyer de 1,046 million et celui de la cheffe de la Poste 985'000 francs. Leur salaire ne devrait pas être supérieur à celui d'un conseiller fédéral, soit 475'000 francs. Mais une fois de plus, qu'est-ce que cela changerait à l'approvisionnement de base ? Il faudrait aussi reconsidérer tous les autres salaires ce qui impliquerait un contrôle administratif.

Ce sont les motifs qui ont amené le Conseil fédéral et le Parlement à recommander à l'unanimité de rejeter l'initiative et aussi pourquoi le Groupe suisse pour les régions de montagne ainsi que l'Association des communes suisses disent Non à cette initiative. Je vous recommande aussi de la refuser.

Nein zur Utopie eines geschenkten Grundeinkommens

Andreas Aebi, Nationalrat, Alchenstorf

Früher galt: ohne Schweiss kein Preis. Nach der Arbeit gibt es den verdienten Lohn, der erst noch mehr Freude macht, wenn man hart dafür gearbeitet hat. Aber offenbar geht es uns heute so gut, dass man plötzlich auf die Idee kommt, es könne auch ohne Anstrengung etwas geben, der Wohlstand käme von alleine.

Wo bleibt die Motivation zur Arbeit?
Der Verwaltungsaufwand für die Administration von Sozialhilfe, Arbeitslosenunterstützung etc. und der Kontrollaufwand zur Verhinderung von Missbräuchen lässt den Gedanken aufkommen, dass es vielleicht einfacher wäre, jedem ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) auszubezahlen. Die Rechnung geht aber nicht auf. Heute beziehen rund eine Viertelmillion Menschen in der Schweiz Sozialhilfe. Ein BGE müsste aber an 8 Millionen Menschen ausbezahlt werden und bräuchte auch eine gewisse Verwaltung. Die Finanzierung eines BGE könnte also nicht alleine mit der Ersparnis beim Verwaltungsaufwand der Sozialwerke gesichert werden. Neue Abgaben wären die Folge.

Finnland plant offenbar einen Versuch mit einem BGE, allerdings mit einem relativ tiefen Betrag von unter 1000 Euro. In der Schweiz sind viel höhere, am Existenzminimum bemessene Beträge in Diskussion: rund 2000.– für Erwachsene und 500.– für Kinder. Das Ziel in Finnland ist, nicht die Existenz zu sichern, sondern mit einem tiefen Betrag sicherzustellen, dass die Leute trotzdem noch arbeiten. Damit sind wir wieder beim Kern der Frage: Wie soll das gehen, wenn alle Leute Geld erhalten, ohne etwas dafür zu tun? Besonders heute, wo Millionen Menschen ihr Heimatland auf der Suche nach einer besseren Existenz verlassen?

Mehr Handlungsspielraum für Familien?
In der Berner Zeitung war beispielhaft zu lesen, wie eine Familie mit einem BGE an Handlungsspielraum gewinnen würde: Es kommt ein Kind – die Zeit für die Kinderbetreuung ist dank BGE kein Problem. Weiterbildung? Keine Sorge, das Geld kommt ja rein. Ein Kind will im Ausland studieren? Kein Problem, ein bisschen BGE ansparen und man kann es finanzieren. Die Familiengeschichte könnte aber auch anders sein: Das BGE könnte verspielt oder in Drogen investiert werden. Die Musterfamilie würde vielleicht auch beschliessen, gar nicht mehr zu arbeiten und anstatt sich weiterzubilden, mit dem Geld lieber am Strand zu leben.

Alter Wein in neuen Schläuchen
Eigentlich ist das BGE eine neue Form der kommunistischen Ideologie. Spätestens seit dem Fall der Berliner Mauer sollte aber klar sein, dass das Konzept nicht funktioniert.

Viele haben die Initiative unterschrieben und es ist durchaus spannend, eine solche Idee einmal zu diskutieren, aber sie gehört in die Welt der Utopien und ist weder finanzier- noch wünschbar. Sie entspricht nicht den Bedürfnissen unseres Landes und so empfehle ich ein klares Nein!

Andreas Aebi

Abstimmungsparole zum 5. Juni 2016

Volksinitiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen»:

NEIN (einstimmig bei 1 Enthaltung)

Non à l'idée utopique d'un revenu de base en cadeau

Nous savons qu'on n'a rien sans rien. Chaque franc doit être d'abord gagné et le travail terminé, on reçoit son salaire. Ce fut ainsi pendant des siècles. Mais il faut croire qu'aujourd'hui nous nous portons tellement bien qu'on a soudain l'idée qu'on pourrait tout recevoir sans effort et que la prospérité nous est servi sur plateau.

Qui aurait encore envie de travailler ?
Bien sûr, si on considère les frais d'administration pour gérer l'aide sociale, les indemnités de chômage etc., on pense vite qu'il serait plus simple de verser à chacun un revenu de base. Mais c'est un mauvais calcul. Il y a aujourd'hui 250'000 personnes en Suisse qui sont à l'aide sociale. Un revenu de base serait versé à 8 millions. Le financement d'un revenu de base ne pourrait être garanti avec les économies faites sur les dépenses administratives.
La Finlande veut faire un essai avec le revenu de base inconditionnel. Toutefois l'on parle d'un montant plus modeste, soit 1000 euros ; en Suisse, les montants sont nettement plus élevés (2'000 francs par adulte et 500 francs par mineur) car on s'oriente au minimum vital. L'objectif finlandais n'est pas de garantir l'existence, mais d'assurer avec un montant modeste que les gens continueront à travailler. Nous sommes là au cœur du problème : que va-t-il arriver si tout le monde reçoit de l'argent sans travailler ? Et ce à une époque où des millions de gens quittent leur pays à la recherche d'une meilleure existence.

Une plus grande marge de manœuvre pour les familles ?
Dans la Berner Zeitung, on a pu lire qu'une famille avec un revenu de base aurait une plus grande marge de manœuvre. Avec un tel revenu, la vie serait une partie de plaisir. Un enfant arrive et on veut lui consacrer plus de temps, avec le revenu de base, pas de problème. On veut suivre une formation continue, pas de problème. Un des enfants veut étudier à l'étranger : il met un peu d'argent de son revenu de base de côté. Cependant l'histoire de cette famille pourrait avoir un tout autre visage : le revenu de base est dilapidé par les parents qui jouent régulièrement au casino ou l'adolescent l'investit dans les drogues.

Faire du neuf avec du vieux
Le revenu de base inconditionnel est une nouvelle forme de l'idéologie communiste. Il n'aura pas fallu attendre la chute du Mur de Berlin pour voir que ce concept ne fonctionne pas.
Nombreux sont ceux qui ont signé l'initiative et il est fort intéressant de discuter une fois de cette idée, mais cette idée est utopique et sa réalisation n'est ni finançable ni souhaitable.

JA zur «fairen Verkehrsfinanzierung»

Nadja Pieren, Nationalrätin, Burgdorf

Zahlreiche Engpässe, schlechter Unterhalt und mangelhafter Betrieb der Nationalstrassen führen dazu, dass die Sicherheit und ein rasches Vorwärtskommen auf den Schweizer Strassen nicht mehr gewährleistet sind.
Die Zahlen der Staustunden steigen rasant an. Standen wir im Jahr 2009 noch 8'029 Stunden im Stau, betrug die Staubelastung 2014 bereits 21'509 Stunden.
Die Volksinitiative «Für eine faire Verkehrsfinanzierung» verlangt, dass die Mineralölsteuer zukünftig in die Strasseninfrastruktur investiert wird. Heute fliesst die Hälfte der Mineralölsteuer in die allgemeine Bundeskasse.
Die Mitte-Links-Parteien, aber auch der Bundesrat behaupten, das Geld für die Beseitigung von Engpässen und den Unterhalt der Strassen fehle. Das Geld wäre aber vorhanden – es fliesst einfach an den falschen Ort! Mit der Schaffung eines Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds, kurz NAF, soll die angebliche Finanzierungslücke geschlossen werden. Dafür soll der Benzinpreis um 4-6 Rappen pro Liter erhöht werden.
Die SVP wehrt sich gegen eine weitere Abzockerei der Strassenbenützer. Denn die Automobilisten, Motorrad- und Lastwagenfahrer bezahlen seit Jahren immer mehr Abgaben und Steuern. Von den 9 Milliarden Franken, welche die Strassenbenützer heute bezahlen, werden nur knapp 30 Prozent für die Strasse verwendet. Der Rest fliesst in die allgemeine Bundeskasse oder den öffentlichen Verkehr. Von der Initiative profitieren alle: Trams, Busse, Postautos, Autos, Lastwagen, Motorräder, Fahrradfahrer und Fussgänger. Denn mit einer fairen Verkehrsfinanzierung können Engpässe beseitigt werden. Gut unterhaltene Strassen sind sichere Strassen. Gewinner sind aber auch Kantone und Gemeinden, welchen mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stehen würden für den Unterhalt und Ausbau der Kantons- und Gemeindestrassen. Wohnquartiere würden durch Umfahrungen sicherer, Städte und Agglomerationen können entlastet werden. Also ein grosser Mehrwert für ALLE.

Ich danke Ihnen, wenn Sie, wie übrigens auch sämtliche SVP-Nationalrätinnen und Nationalräte, am 5. Juni ein JA zur Initiative «Für eine faire Verkehrsfinanzierung» in die Urne legen.

Nadja Pieren

Abstimmungsparole zum 5. Juni 2016

Volksinitiative «Für eine faire Verkehrsfinanzierung»:

JA (mit 293 Stimmen bei 5 Nein-Stimmen und einigen Enthaltungen)

Oui à l'initiative « Pour un financement équitable des transports »

De nombreux goulets d'étranglement, une maintenance et une exploitation lacunaires des routes nationales font que la sécurité et un déplacement rapide sur les routes suisses ne sont plus assurés. Et ceci va de pire en pire.
Les embouteillages sont de plus en plus fréquents : en 2009, les automobilistes sont restés coincés dans des bouchons 8'029 heures, en 2014, 21'509 heures.
L'initiative populaire « Pour un financement équitable des transports » demande que le produit de l'impôt sur les huiles minérales soit utilisé pour l'infrastructure routière. Aujourd'hui, la moitié du produit de l'impôt sur les huiles minérales disparaît dans la caisse générale de la Confédération.
Les partis du Centre-gauche tout comme le Conseil fédéral prétendent que l'argent manque pour financer la suppression des goulets d'étranglement et assurer la maintenance des routes. Et maintenant la brèche financière doit être comblée avec la création d'un fonds pour les routes nationales et le trafic d'agglomération (FORTA). Pour assurer ce financement, le prix de l'essence devrait augmenter de 4 à 6 centimes/litre.
L'UDC est contre cette nouvelle arnaque qui lèse les usagers de la route. Car les automobilistes, les motards, les chauffeurs de camion paient toujours plus de redevances et de taxes. Des 9 milliards de francs payés aujourd'hui par les usagers de la route, moins de 30% sont utilisés pour la route. Le reste va dans la Caisse générale de la Confédération et aux transports publics.
Tout le monde serait gagnant avec l'adoption de cette initiative : trams, bus, cars postaux, automobiles, camions, motos, cyclistes et piétons. Car avec un financement équitable, bien des goulets d'étranglement peuvent être écartés. Des routes bien entretenues sont des routes sûres. Les gagnants sont aussi les cantons et les communes qui disposeraient de moyens financiers supplémentaires pour l'entretien et la construction des routes cantonales et communales. Les zones d'habitation seraient plus sûres avec des routes de contournement, les villes et les agglomérations seraient déchargés. Une plus-value pour TOUS.

Merci de déposer dans les urnes le 5 juin prochain un OUI à l'initiative « Pour un financement équitable des transports » à l'instar de toutes les conseillères nationales et de tous les conseillers nationaux UDC.

Impressum

Redaktion Aliki M. Panayides, Bern; Reto Niederhauser, Bern

Administration und Anzeigenverkauf
Sekretariat SVP Kanton Bern, Postfach 448, 3000 Bern 25
Tel. 031 336 16 26, Fax 031 336 16 25
E-Mail: sekretariat@svp-bern.ch Internet: http://www.svp-bern.ch

Layout Druckerei Singer+Co, Utzenstorf

Papier Utzenstorf Papier, aufgebessertes Zeitungspapier, 60 gm2

Für eine zeitgemässe Fortpflanzungsmedizin

Ein Ja zum Fortpflanzungsmedizingesetz ermöglicht für die betroffenen Paare eine optimale und zeitgemässe Behandlung. Die Eigenverantwortung wird gestärkt, der Volkswille wird respektiert.

An der Delegiertenversammlung vom 28. April wurde die Vorlage betreffend das Fortpflanzungsmedizingesetz kontradiktorisch behandelt und die Delegierten beschlossen die Ja-Parole. Thomas Berger, Präsident Jungfreisinn Kanton Bern, führte folgende Argumente ins Feld, die für ein Ja zum Fortpflanzungsmedizingesetz sprechen:

«Designerbabys» auch weiterhin verboten
Artikel 119 unserer Bundesverfassung setzt der Fortpflanzungsmedizin auch weiterhin enge Grenzen. Das Klonen von Menschen bleibt ebenso verboten wie die Verschmelzung von menschlichem und nichtmenschlichem Erbgut. Es ist auch weiterhin verboten, das Geschlecht, die Augenfarbe oder weitere Attribute des künftigen Kindes zu bestimmen. Von einer schrankenlosen Fortpflanzungsmedizin oder gar von «Designerbabys» kann keine Rede sein!

Optimale Behandlung ermöglichen
Paare mit unerfülltem Kinderwunsch haben oft einen jahrelangen Leidensweg hinter sich. Eine optimale und zeitgemässe Behandlung reduziert risikohafte Mehrlingsschwangerschaften und Abtreibungen.
Da die Behandlungen in fast allen europäischen Ländern erlaubt sind, weichen betroffene Paare oftmals ins Ausland aus. Die Konsequenzen einer Behandlung lassen sie aber in der Schweiz behandeln. Mit entsprechenden Auswirkungen auf das Schweizer Gesundheitskosten.

Eigenverantwortung stärken
Niemand wird gezwungen, die entsprechenden Behandlungen durchzuführen. Die werdenden Eltern sind mündige Bürger, welche gemeinsam mit ihrem Arzt selber entscheiden sollen, was für sie die bestmögliche Behandlung ist. Die Kosten für diese Behandlungen werden nicht von der Krankenkasse übernommen. Für betroffene Paare schafft das neue Gesetz eine Wahlmöglichkeit – wie diese genutzt wird, bleibt jedem selbst überlassen.

Abstimmungsparole zum 5. Juni 2016

Änderung des Bundesgesetzes über die medizinisch unterstützte Fortpflanzung (Fortpflanzungsmedizingesetzes, FMedG):

JA (mit 157 Stimmen bei 103 Nein-Stimmen und einigen Enthaltungen)

Volkswillen respektieren
Die Schweizer Bevölkerung hat dem Verfassungsartikel über die Fortpflanzungsmedizin und Gentechnologie im Humanbereich im Juni 2015 mit 61.9% zugestimmt. Zu diesem Zeitpunkt lag das Gesetz, über welches wir nun abstimmen, bereits vor. Das Volk hat seinen Willen also bereits deutlich zum Ausdruck gebracht in Kenntnis über das Gesetz. Diesen Volkswillen gilt es zu respektieren.

Stimmen Sie somit auch am 5. Juni Ja zum Fortpflanzungsmedizingesetz!

Pour une procréation médicalement assistée

Un Oui à la procréation médicalement assistée assure aux couples concernés un traitement optimal et moderne. La responsabilité individuelle est renforcée, la volonté du peuple est respectée.

Les « bébés sur mesure » restent interdits
L'article 119 de la Constitution fédérale ne laisse pas libre cours à la médecine de procréation. Le clonage de l'être humain reste interdit tout comme l'intervention dans le patrimoine génétique. Il est aussi interdit de choisir le sexe, la couleur des yeux ou tout autre attribut du futur enfant. On ne peut donc absolument pas parler d'une médecine de procréation sans frontières ou de « bébés sur mesure ».

Faciliter un traitement optimal
Les couples avec un désir d'enfant inassouvi ont souvent un long parcours de souffrances derrière eux. Un traitement optimal et moderne réduit les risques de grossesses multiples et d'avortement. Comme ces traitements sont pratiqués dans presque tous les pays européens, les couples concernés se rabattent sur ces offres. Mais les conséquences d'un traitement sont traitées en Suisse ce qui n'est pas sans conséquence sur les coûts de la santé publique.

Renforcer la responsabilité individuelle
Il n'y a aucune obligation pour les couples de s'engager dans un traitement de ce genre. Les futurs parents sont des citoyens adultes qui doivent choisir d'un commun accord avec leur médecin le meilleur traitement possible. Le coût de ces traitements n'est pas pris en charge par les caisses maladie. La nouvelle loi offre au couple concerné la liberté du choix – c'est ensuite à lui de décider s'il veut y faire appel ou non.

Respecter la volonté du peuple
La population suisse (61,9% de Oui) a adopté l'article de la Constitution sur la procréation médicalement assistée et le génie génétique dans le domaine humain en juin 2015. A ce moment-là, la loi sur laquelle nous allons voter maintenant était déjà prête. Le peuple a clairement manifesté sa volonté. Cette volonté doit être respectée. Votez Oui le 5 juin prochain à la loi sur procréation médicalement assistée.

Die neue Präsidentin der SVP Frauen stellt sich vor

Am 2. Februar 2016 übernahm Petra Wyss das Präsidium der SVP Frauen Kanton Bern. Die Primarlehrerin und vielseitig engagierte Mutter einer Tochter zeigt kurz auf, wie sich die Organisation der SVP Frauen Kanton Bern für die Frauen in der SVP einsetzt.

Steckbrief

Name: Petra Wyss

Wohnort: Aarberg

Geburtstag: 29. Juni 1968

Familie: Verheiratet, 1 Tochter (Jg. 1999)

Beruf: Primarlehrerin/Journalistin

Politische Ämter: Sektionspräsidentin SVP Aarberg, Präsidentin SVP Frauen, Kanton Bern, Vize-Präsidentin SVP Biel-Seeland

Mitgliedschaften: Tierschutzverein Biel-Seeland, Reit- und Fahrverein Bucheggberg, Verein Chinderhuus

Freizeit: Katzen, Pferde, Stricken, Lesen, Fitnesstraining, OK-Sekretärin Seel. Schwingfest Aarberg

Voller Einsatz mit Manfred Bühler im Grossratswahlkampf 2014

Bei der Arbeit als Primarlehrerin

Ein Leben ohne Katzen kann sich Petra Wyss nicht vorstellen

Die SVP Frauen braucht es, um...

...unseren weiblichen Parteimitgliedern Mut zu machen, sich nicht nur im Hintergrund, sondern auch an vorderster Front politisch zu engagieren.

Für ein erfolgreiches Wirken zu Gunsten der Allgemeinheit braucht es in der Politik Frauen und Männer in einem ausgewogenen Verhältnis. Ich glaube nicht, dass Frauen besser oder schlechter politisieren als Männer. Aber ich glaube, dass Frauen manchmal etwas mehr Unterstützung brauchen, um öffentlich zu ihren Überzeugungen zu stehen.

Sie kennen bestimmt die Situation: An einem Anlass unter Unbekannten – irgendwann kommt man auf politische Themen zu sprechen. Wenn Sie Glück haben, klopft man Ihnen als SVP-Mitglied auf die Schulter. Andernfalls jedoch werden Sie wie ein Ungeziefer betrachtet. Dies auszuhalten braucht Mut. Wir SVP Frauen wollen unseren Parteikolleginnen diesen Mut machen.

Wir tun dies als loses Netzwerk: Wir haben keine eigenen Statuten, auch muss man keinen zusätzlichen Mitgliederbeitrag entrichten.

Wir geben keine eigenen Abstimmungsparolen heraus, denn wir sind in erster Linie Mitglieder der SVP Kanton Bern und tragen deren Politik mit.

Wir wollen den Frauen in der SVP – beispielsweise an einem Modeapéro – Gelegenheiten bieten, bei denen sie sich kennenlernen und austauschen können.

Wir wollen unseren Frauen in Kursen das nötige Rüstzeug vermitteln, das es braucht, um für politische Ämter zu kandidieren.

Wir organisieren Mittagessen mit unseren Grossrätinnen und Bundeshausführungen mit unseren Nationalrätinnen, um unseren Frauen Einblick in die Arbeit der SVP-Mandatsträgerinnen zu bieten.

Falls Ihr, liebe Parteikolleginnen, ins Netzwerk der SVP Frauen aufgenommen werden möchtet, reicht es, wenn Ihr Eure Koordinaten dem Parteisekretariat mitteilt. Ihr werdet dann automatisch über unsere Aktivitäten informiert und zu unseren Anlässen eingeladen.

Petra Wyss

Kurs Social-Media Anfänger / Fortgeschrittene

Inhalte: **Wie verhalte ich mich richtig in den Social Medias?**
Wie kann ich das Web für Politisches und Wahlkämpfe nutzen?
Was ist ein «must», was ist absolut zu vermeiden?
Was tun bei einem shit-storm?

Kurs-Daten: **Anfänger-Kurse**
Mittwoch, 24. August 2016 / Dienstag, 13. September 2016 / Mittwoch, 5. Oktober 2016

Fortgeschrittenen-Kurse
Donnerstag, 25. August 2016 / Mittwoch, 14. September 2016 / Donnerstag, 6. Oktober 2016

Leitung:

Simon Glauser,
PR-Fachmann und alt Stadtrat
von Bern

Ort: Parteisekretariat, Bern

Unterlagen: sind im Preis inbegriffen

Kosten: 25 Franken inkl. Getränke und Unterlagen
(Sie bezahlen nur 40 Franken insgesamt,
wenn Sie sich zum Besuch eines Anfänger- und eines Fortgeschrittenenkursabends entschliessen).

Zu folgenden Themen finden ebenfalls Kurse statt:
Kassieramt und Revisionsführung, Sekretären-Kurs, Sektionspräsidenten-Kurs

Anmeldetalon

Name, Vorname

_____

Ich melde mich für folgenden Kurs / für folgende Kurse an:
Kurs: Social-Media Anfänger und/oder Fortgeschrittene

- ☐ Mittwoch, 24. August 2016 (Anfänger)
- ☐ Dienstag, 13. September 2016 (Anfänger)
- ☐ Mittwoch, 5. Oktober 2016 (Anfänger)
- ☐ Donnerstag, 25. August 2016 (Fortgeschrittene)
- ☐ Mittwoch, 14. September 2016 (Fortgeschrittene)
- ☐ Donnerstag, 6. Oktober 2016 (Fortgeschrittene)

Anmeldung bitte bis spätestens 7 Tage vor Kursdatum an sekretariat@svp-bern.ch oder per Post an: SVP Kanton Bern, Optingenstr. 1, Postfach 448, 3000 Bern 25.

Wir gratulieren zur Happy-Day-Million!

Unser SVP-Mitglied Walter Liechti von Wengi hat in der Sendung vom 6. Februar die Happy-Day-Million gewonnen. Grund genug für ein kleines Interview mit dem Gewinner.

SVP: Hat sich Ihr Leben seit dem Gewinn der Million verändert?

WL: Der Alltag ist der gleiche geblieben, die Arbeit auf dem landw. Betrieb mit 28 Kühen, Jungvieh und 2 Pferden, mit Acker- und Futterbau geht seinen gewohnten Gang. Aber der Gewinn öffnet mir und Cornelia und unserem Sohn Marcel neue Möglichkeiten.

SVP: Zum Beispiel?

WL: Seit einigen Jahren arbeite ich daran, die ehemalige Müllerei zu einer Wohnung und Eventlokal auszubauen. Bisher fehlte für einige Sachen das nötige Geld, zum Beispiel für den Einbau eines WCs. Nun ist es möglich, Sanierung und Ausbau zu tätigen.

SVP: Dann könnte auch die SVP bei Ihnen einmal festen kommen?

WL: Ja, warum nicht. Der Raum bietet Platz für 50-60 Personen und wir bewirten Sie gerne mit unseren hausgemachten Sachen!

SVP: Wir wünschen Ihnen auf alle Fälle heute schon viel Erfolg und viel Freude mit dem Projekt!

Volksinitiative Kanton Bern: «Für demokratische Mitsprache – Lehrpläne vors Volk!»

«Die nachfolgend unterzeichnenden Stimmberechtigten des Kantons Bern reichen, gestützt auf Artikel 58 der bernischen Kantonsverfassung und Artikel 140 ff. des kantonalen Gesetzes über die politischen Rechte vom 5. Juni 2012, folgendes Begehren ein:»

Das Volksschulgesetz des Kantons Bern vom 19. März 1992 (VSG; BSG 432.210) wird wie folgt geändert:

Art. 12

Abs. 1 (neu) Der Regierungsrat umschreibt in den Lehrplänen für die deutschsprachigen Volksschulen die Fächer sowie die Ziele und Inhalte für den Unterricht im Rahmen der Bestimmungen der Artikel 9 bis 11.

Abs. 4 (neu) Der Erlass und die Einführung von Lehrplänen und Lehrplanteilen fallen in die Zuständigkeit des Regierungsrates und des Grossen Rates. Sie bedürfen zu ihrer Anwendbarkeit der Genehmigung durch den Grossen Rat. Der Grossratsbeschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Lehrplan- bzw. Lehrplanteiländerungen von untergeordneter Bedeutung führt der Regierungsrat in eigener Kompetenz ein.

Abs. 5 (neu) Interkantonale Vereinbarungen betreffend Lehrpläne und Lehrplanteile bedürfen der Genehmigung durch den Grossen Rat; ausgenommen sind kurzfristig kündbare Vereinbarungen von untergeordneter Bedeutung. Der grossrätliche Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

Art. 12a

Abs. 3 (neu) Der Erlass und die Einführung von Lehrplanteilen fallen in die Zuständigkeit des Regierungsrates und des Grossen Rates. Sie bedürfen zu ihrer Anwendbarkeit der Genehmigung durch den Grossen Rat. Der Grossratsbeschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Lehrplanteiländerungen von untergeordneter Bedeutung führt der Regierungsrat in eigener Kompetenz ein.

Abs. 4 (neu) Interkantonale Vereinbarungen betreffend Lehrpläne und Lehrplanteile bedürfen der Genehmigung durch den Grossen Rat; ausgenommen sind kurzfristig kündbare Vereinbarungen von untergeordneter Bedeutung. Der grossrätliche Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

Art. 74

Abs. 2 (neu) Er kann seine Befugnisse gemäss Artikel 17 Absatz 3, Artikel 25 Absatz 3, Artikel 26 Absätze 3 und 4, Artikel 27 Absatz 6, Artikel 46 Absatz 4, Artikel 46a Absatz 3, Artikel 47 Absätze 3 und 4, Artikel 49a Absatz 6, Artikel 49f Absatz 1, Artikel 54 Absatz 2 sowie Artikel 61 Absatz 7 ganz oder teilweise der Erziehungsdirektion übertragen.

Inkrafttreten:
Die Artikel 12, 12a und 74 Absatz 2 des Volksschulgesetzes vom 19. März 1992 (VSG; BSG 432.210) treten sofort mit Annahme durch das Volk in Kraft.

Übergangsbestimmung zur Änderung von Artikel 12 des Volksschulgesetzes vom 19. März 1992 (VSG; BSG 432.210), Lehrpläne für die deutschsprachigen Volksschulen:
Vor Inkrafttreten der Änderungen in Art. 12 VSG erlassene Lehrpläne und Lehrplanteile, die auf einen Zeitpunkt nach dem 1. Januar 2017 in Kraft gesetzt werden und die nicht von untergeordneter Bedeutung sind, bedürfen der nachträglichen Genehmigung durch den Grossen Rat. Die entsprechenden Grossratsbeschlüsse unterliegen dem fakultativen Referendum.

Beginn der Sammelfrist: 21. Januar 2016 **Ablauf der Sammelfrist: 21. Juli 2016** **Frist für die Einreichung bei der Staatskanzlei: 22. August 2016**

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigt sind. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen. Wer mit einem andern Namen als seinem eigenen unterzeichnet oder auf sonstige Weise das Ergebnis der Unterschriftensammlung für eine Initiative fälscht, macht sich nach Art. 282 StGB strafbar.

Postleitzahl:	**Politische Gemeinde:**

	Name: (handschriftlich und möglichst in Blockschrift)	**Vorname:**	**Geb.Datum:** (Tag/Monat/Jahr)	**Wohnadresse:** (Strasse und Hausnummer)	**Eigenhändige Unterschrift:**	**Kontrolle:** (Leer lassen)
1.						
2.						
3.						
4.						

Die Stimmrechtsbescheinigung wird durch das Initiativkomitee eingeholt (Leer lassen).
Der / Die Unterzeichnende Amtsperson bescheinigt hiermit, dass oben stehende____(Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Initiative in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Unterschriften eingegangen (Datum): _____

Datum: _____

Ort: _____

Amtstempel

Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson

Unterschrift: _____

Funktion: _____

Das Initiativkomitee, bestehend aus nachfolgend aufgeführten Urheberinnen und Urhebern, ist berechtigt, diese Volksinitiative mit einer Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder zurückzuziehen.

Initiativkomitee: Markus Dähler, Jurastrasse 12, 2558 Aegerten, Lorenz Dreyer, Steini, 3764 Weissenburg, Franziska Fuss, Lochgut 21, 3623 Teuffenthal, Rahel Gafner, Baumgarten 158, 3803 Beatenberg, Willy Heger, Enzianweg 4, 3714 Frutigen, Hans Ulrich Grossniklaus, Honeggweg 20, 3612 Steffisburg, Marlise Zürcher, Gofri 3E, 3855 Brienz.

Unterstützungskomitee: Esther Aeschbach, 3856 Brienzwiler, Adrian Barben, 3612 Steffisburg, Andreas Blank, GR, 3270 Aarberg, Andreas Brönimann, a. NR, 3123 Belp, Andrea Geissbühler, NR, 3323 Bäriswil, Sabina Geissbühler, GR, 3037 Herrenschwanden, Christina Hassenstein, 3652 Hilterfingen, Heinz Gerber, 3627 Heimberg, Prof. Dr. em. Walter Herzog, 3097 Liebefeld, Reto Jakob, 3612 Steffisburg, Dr. med. FMH Hansueli Käser, 3455 Grünen, Dr. med. Markus Käser, 3455 Grünen, Thomas Klossner, 3758 Latterbach, Thomas Knutti, GR, 3764 Weissenburg, Samuel Krähenbühl, GR, 3614 Unterlangenegg, Stefan Oester, GR, 3123 Belp, Alain Pichard, 2505 Biel, Max Rickenbacher, 2512 Tüscherz - Alfermée, Ursula Saurer, 3612 Steffisburg, Michel Seiler, GR, 3555 Trubschachen, Andreas Sommer, 3454 Sumiswald, Erich von Siebenthal, NR, 3780 Gstaad, Daniela Wüthrich, 3465 Dürrenroth, Peter Wyler, 3855 Brienz, Andrea Gschwend-Pieren, GR, 3414 Oberburg, Roland Schöni, a. Kreisrichter suppleant, 3805 Goldswil, **weitere gemäss Homepage.**

Einzelne Bogen in der Blattmitte falten und zukleben, oder mehrere Bogen in Couvert einsenden
bis spätestens 11. Juli 2016 an:
RUI, Komitee «Lehrpläne vors Volk», Postfach, 3665 Wattenwil
www.lehrplan21.be

© Koordinationsstelle/alp